



Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz e.V.

Geschäftsstelle
Schmollerstraße 18
78239 Rielasingen-Worblingen

Offener Brief
Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

20.06.2016

Betriebsreglement 2014 des Flughafens Zürich

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

besten Dank für die Antwort, die uns Herr Murawski am 8. Juni auf unser Schreiben vom 19. April 2016 hat zukommen lassen.

Die von Herrn Murawski dargestellten Fakten sind uns hinlänglich bekannt. Um diese geht es uns nicht, sondern vielmehr um das von Ihnen versprochene persönliche politische Engagement hinsichtlich der sich nun in bedrohlicher Weise abzeichnenden Zugeständnisse des Bundesverkehrsministeriums zu der vom Flughafen Zürich beantragten Änderung des Betriebsreglements. Demnach sollen künftig alle Anflüge, egal aus welcher Himmelsrichtung sie kommen, über deutsches Hoheitsgebiet geführt werden.

Man stelle sich dies einmal vor: Flüge aus Süden, Osten und Westen nach Zürich werden nach Norden über Deutschland umgeleitet! Das ist ungefähr so, wie wenn man von Konstanz über Heilbronn nach Stuttgart fährt. Auf diese Weise würde dann mit den bereits tagsüber über Südbaden erfolgten Landeanflügen zusätzlich noch der gesamte Anflugverkehr zu den DVO Sperrzeiten auf den Flughafen Zürich über die drei betroffenen Landkreise geführt.

Damit würde ein entscheidender Teil des auf Eis gelegten Staatsvertrages durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung per Rechtsverordnung durch die Hintertür eingeführt. Nicht das Parlament hätte entschieden, nein, ein Amt ist während der vergangenen drei Jahre zum Nährboden für die Realisierung der Expansionswünsche der Züricher Flughafenbetreiber geworden.

Offensichtlich wird einer Zustimmung zu dieser Änderung jenseits der kommunal- und kreispolitischen Ebene in Deutschland nichts mehr entgegengesetzt.

Die Landesregierung macht es sich mit dem Hinweis auf die Entscheidungskompetenz des Bundes zu einfach. Die Partei Ihres Koalitionspartners ist Teil der Bundesregierung und hat sich im aktuellen Koalitionsvertrag klar zur Vertretung der Interessen der südbadischen Bevölkerung bekannt.

Pressemitteilungen aus Ihrem Verkehrsministerium, Herr Ministerpräsident, der Verweis auf nicht näher dargelegte Haltungsbekennnisse der Landesregierung gegenüber dem Bund sowie ein Schreiben von vor mehr als eineinhalb Jahren an Verkehrsminister Dobrindt reichen nicht aus, um ein überzeugendes Entgegenreten der Landesregierung gegen die Pläne der Schweiz zu zeigen.

Südbaden wartet auf eine Entlastung. Stattdessen sollen wir jetzt noch mehr belastet werden. Wir erwarten von Ihnen die Einhaltung Ihrer Zusage, sich nach Ihrer Wiederwahl bei einem persönlichen Termin bei Bundesverkehrsminister Dobrindt gegen weitere Verkehrsbelastungen für Südbaden stark zu machen und möchten gerne anschließend über dieses Gespräch, seine Inhalte und Ergebnisse informiert werden.

Diese eindeutige Aussage von Ihnen möchten wir eingehalten und nicht nach der Wahl relativiert sehen.

Wir erwarten, dass die von uns gewählten Volksvertreter die Interessen des Volkes, hier der südbadischen Bevölkerung, so nachhaltig und vehement vertreten, wie dies die Vertreter des Schweizerischen Volkes und des Flughafens Zürich seit Jahren demonstrieren. Geschickt und mit durchschlagendem Erfolg betreiben diese auf deutscher Seite Lobbyarbeit für ihre Interessen. Gutachten, die Alternativen zugunsten der deutschen Bevölkerung aufzeigen, werden durch das BAF einfach vom Tisch gewischt. Die südbadische Bevölkerung hat die amtierenden Landes- und Bundesregierung mitgewählt und darf zurecht von ihr erwarten, dass sie dafür eintritt, dass jeder die Lasten seiner Infrastruktur selbst zu tragen hat, hier die Schweiz ihre Belastungen durch den Züricher Flughafen.

Für die Änderung des Betriebsreglements sind trotz der in einem Gutachten aufgezeigten Alternativen alle Hürden genommen. Nur die Zustimmung des Bundesverkehrsministers fehlt noch.

Bitte halten Sie endlich Wort, sprechen Sie mit Bundesverkehrsminister Dobrindt, erinnern Sie an seine Zusage, dass es keine Mehrbelastung für Südbaden geben wird. Greifen Sie endlich ein, nutzen Sie mit Ihrem Koalitionspartner Ihr politisches Gewicht auf Bundesebene.

Mit besten Grüßen
Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung
im Landkreis Konstanz e.V.

Thomas Gruschkus
Vorsitzender